



«Titel» «Vorname» «Nachname»,
«Nachgestellter_Titel»
z.H. «zH»
«Straße» «ON»
«Postleitzahl» «Ort»

Organisationseinheit: BMGF - I/C/13
(Rechtsangelegenheiten der
Strukturreform und
Gesundheitsökonomie)
Sachbearbeiter/in: Mag. Patrick Sitter
E-Mail: patrick.sitter@bmgf.gv.at
Telefon: +43 (1) 71100-644473
Fax:
Geschäftszahl: BMGF-71100/0006-I/C/13/2016
Datum: 28.07.2016
Ihr Zeichen:

Novelle zum Bundesgesetz über die Dokumentation im Gesundheitswesen und Verordnung der Bundesministerin für Gesundheit und Frauen über die Dokumentation und Meldung von Daten aus dem ambulanten und stationären Bereich - Begutachtungsverfahren

Sehr geehrte Damen und Herren!

Das Bundesministerium für Gesundheit und Frauen übermittelt in der Anlage die Entwürfe einer Novelle zum Bundesgesetz über die Dokumentation im Gesundheitswesen und einer Verordnung der Bundesministerin für Gesundheit und Frauen über die Dokumentation und Meldung von Daten aus dem ambulanten und stationären Bereich samt Materialien und Textgegenüberstellung sowie den Anhang 1 des „Handbuches zur Dokumentation“, einsehbar auch unter [http://www.bmgf.gv.at/cms/home/attachments/4/8/4/CH1164/CMS1310638600892/datenmeldung_2017_-_handbuch_zur_dokumentation_\(anhang_1\).docx](http://www.bmgf.gv.at/cms/home/attachments/4/8/4/CH1164/CMS1310638600892/datenmeldung_2017_-_handbuch_zur_dokumentation_(anhang_1).docx).

Die genannten Unterlagen sowie die Liste der Adressaten sind auch im E-Recht verfügbar.

Das Bundesministerium für Gesundheit und Frauen ersucht um Kenntnisnahme der übermittelten Entwürfe und um allfällige Stellungnahmen

bis längstens 3. Oktober 2016.

Es wird ersucht die Stellungnahmen an das Bundesministerium für Gesundheit elektronisch an die E-Mail-Adresse patrick.sitter@bmgf.gv.at zu übermitteln.

Sollte bis zu diesem Zeitpunkt keine Stellungnahme eingelangt sein, wird angenommen, dass von Ihrer Seite keine Bedenken bestehen.

Es wird darauf hingewiesen, dass dieses Begutachtungsverfahren auch als Befassung gemäß Art. 1 Abs. 1 und 4 der Vereinbarung zwischen dem Bund, den Ländern und den Gemeinden über einen Konsultationsmechanismus und einen künftigen Stabilitätspakt der Gebietskörperschaften, BGBl. I Nr. 35/1999, anzusehen ist.

Mit freundlichen Grüßen

Für die Bundesministerin:
Dr. Clemens-Martin Auer

Beilage/n: lt. Schreiben